

Beschluss des Landrats vom 16.05.2024

Nr. 561

20. Ursachen des in der Pisa-Studie festgestellten Leistungsabbaus eruieren 2024/178; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Postulantin **Anita Biedert** (SVP) ist gleichzeitig Fraktionssprecherin und gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion die Überweisung unterstütze. Gemäss dem Motto «Wehret den Anfängen!» ist Anita Biedert vom Inhalt des Postulats überzeugt. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf eine Aussage von Regierungsrat Isaac Reber im Rahmen eines anderen Traktandums. Er sagte, dass zwei Dinge wichtig seien: Lesen und Rechnen. Et voilà! Das Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» möchte eine Standortbestimmung 2026/27 machen, auch bezüglich der Auswirkungen der Digitalisierung aufs Lernen. Dies erscheint Anita Biedert aber zu spät. Wenn die Probleme bereits sichtbar sind, ist ein Zuwarten unverantwortlich. PISA hat das Problem verdeutlicht: 25 % der Schweizer Schülerinnen und Schüler sind beim Leseverständnis leistungsschwach. Schon bei der Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) 2017/18 wurde realisiert, dass der Fokus unbedingt auf den Grundkompetenzen liegen sollte. Anita Biedert ist der Meinung, dass alte Probleme unbedingt zuerst bearbeitet werden sollten, wozu beispielsweise die Deutschkompetenz gehört, bevor neue vor sich hergeschoben werden. Wenn der Vergleich mit anderen Ländern gezogen und gesagt wird, die Schweiz sei ja immer noch vorne mit dabei, dann müsste ehrlicherweise auch erwähnt werden, dass andere Länder eben auch abgedriftet sind. Ein Beispiel ist Finnland, dessen Resultate in der PISA-Studie besorgniserregend sind. Die nördlichen Länder sehen die Digitalisierung als ein Problem. Auch die Resultate einer Umfrage im Kanton Basel-Landschaft zeigen dies. Die Haltung des Lehrerinnen- und Lehrerverbands, der den pädagogischen Nutzen von Tablets auf Primarstufe in Frage stellt, untermalt dies. In vielen Ländern wird das Gewicht auf eine optimale Sprachförderung gelegt, so wird etwa im Silicon Valley ohne digitale Geräte gearbeitet. Das Geld wird stattdessen wieder in Bücher investiert. Anita Biedert erhält zu den digitalen Geräten von verschiedensten Seiten zahlreiche Rückmeldungen – von Eltern, von Lehrpersonen etc. Viele Schülerinnen und Schüler würden unkontrolliert auf dem Tablet rumdrücken, sei es unter dem Pult, in den hinteren Reihen oder in den Gruppenräumen. Gerade auch bei Schülerinnen und Schülern mit einer schwachen Lesekompetenz könne eine Flutbenutzung festgestellt werden. Anita Biedert möchte mit dem Postulat eine Sensibilisierung in Bezug auf die Tablet-Nutzung anregen, die sie als wichtig erachtet. Die Probleme sollen sich erst gar nicht zu einem Berg anhäufen. Sie bittet um Überweisung. Es kann nicht falsch sein, etwas zeitnah anzugehen, dass über Jahre hinweg negative Schlagzeilen macht. Ansonsten gehen wieder wertvolle Jahre verloren.

Miriam Locher (SP) sagt, die SP-Fraktion folge dem Regierungsrat und werde die Überweisung ablehnen. Über die Wirksamkeit des Massnahmenpakets «Zukunft Volksschule» muss der Regierungsrat bereits Bericht erstatten, dafür braucht es den Vorstoss nicht. Es braucht ihn im Weiteren auch nicht, weil alle Massnahmen bereits aufgegleist sind und nun einfach zuerst umgesetzt werden müssen – und nicht stattdessen alles von neuem durcheinandergewirbelt werden soll. Miriam Locher findet es zwar ehrenwert, dass Anita Biedert die Grundkompetenzen stärken möchte. Sie möchte aber anmerken, dass die SVP das Massnahmenpaket zur Stärkung der Grundkompetenzen – «Zukunft Volksschule» – abgelehnt hat. Es entbietet nicht einer gewissen Ironie, dass dieser Vorstoss nun von ebendieser Seite kommt.

Jan Kirchmayr (SP) staunt über den Vorstoss. Das Problem sei von einem Grossteil des Landrats bereits vor zwei Jahren erkannt worden, als das Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» beschlossen worden sei. Mit dem Massnahmenpaket soll die Fachkompetenz in Mathematik gestärkt werden, indem die Fachdidaktikausbildungen verbessert werden. Das Gleiche gilt fürs Deutsch. Die Deutschkompetenzen sollen insbesondere auch auf Primarstufe gestärkt werden. Es gibt eine Leseförderung, die nun auf Sekundarstufe initialisiert wird. Dies ist wichtig. Die SVP hatte dieses Massnahmenpaket abgelehnt, obwohl die Fraktionen bei der Entwicklung miteinbezogen waren. Teil des Massnahmenpakets ist übrigens auch das Fach Medien und Informatik. Dort geht es nicht darum, dass die Schülerinnen und Schüler nur auf dem Tablet rumdrücken, sondern auch darum, dass die Lehrpersonen darin geschult werden, wie sie das Tablet gewinnbringend und sinnstiftend im Unterricht einsetzen können und wie die Schülerinnen und Schüler im Unterricht mit den Tablets arbeiten sollen. Jan Kirchmayr ist froh, dass der Landrat einen Wirksamkeitsbericht zu «Zukunft Volksschule» erhält. Alles andere ist nun aber wirklich unnötig und überflüssig. Der Vorstoss wird abgelehnt.

Andrea Heger (EVP) sagt, auch die Grüne/EVP-Fraktion werde den Vorstoss ablehnen. Die Fraktion hat verschiedene Aspekte diskutiert. Anita Biedert nennt in ihrem Vorstoss zwei Sorgen: die Mathematik- und Deutschkompetenzen und die Digitalisierung. Aus Sicht der Grüne/EVP-Fraktion wird damit etwas viel in einen Vorstoss gepackt. Anita Biedert sagt, es sei unverantwortlich, bei den Mathematik- und Deutschkompetenzen länger zuzuwarten. Der Regierungsrat legt dazu gut und klar dar, dass überhaupt nicht zugewartet wird, sondern Massnahmen bereits ergriffen wurden und zuerst geschaut werden soll, wie sie wirken. Erst wenn die Wirkung bekannt ist, soll nachjustiert werden. Jetzt schon zu reagieren, würde nur Verunsicherung bringen und wäre nicht sinnvoll. Zum Umgang mit den digitalen Geräten: Die von Anita Biedert gestellte Frage impliziert, dass es eine Reduktion braucht. Mit «Zukunft Volksschule» werden sämtliche Schulen – so ist zu hoffen – auf ein gewisses Qualitätslevel gebracht, das heute noch gar nicht überall vorhanden ist. Gewisse Schulen machen zu wenig, andere zu viel. Zentral ist dabei auch die Schulung, wie die digitalen Möglichkeiten sinnvoll genutzt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können noch gar keine Aussagen getroffen werden, was die Massnahmen gebracht haben. Zum Nutzen von digitalen Geräten ganz allgemein gab es bereits andere Vorstösse – unter anderem von Lotti Stokar und Regula Waldner. Dazu liegen die Antworten schon vor. Andere Vorstösse befinden sich noch in der Pipeline. Der vorliegende Vorstoss ist nicht nötig.

Heinz Lurf (FDP) stimmt im Namen der FDP-Fraktion in den Kanon der Ablehnung ein. Die PostulantIn weist in ihrem Vorstoss auf die bei der PISA-Studie seit Jahren sinkenden Ergebnisse von Schweizer Schülerinnen und Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik hin. Für die negative Entwicklung macht sie die zunehmende Digitalisierung in den Klassenzimmern mitverantwortlich. Im Postulat wird eine breit angelegte Umfrage bei den Lehrerinnen und Lehrern auf allen Schulstufen verlangt, um mehr über die Gründe des vermeintlichen Leistungsabbaus zu erfahren. Auch stellt die PostulantIn die Frage, wie der Einsatz von digitalen Geräten in der Volksschule vermindert werden kann. Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab. Er begründet seine Ablehnung mit den bereits eingeführten Massnahmen im Rahmen von «Zukunft Volksschule». Dazu gehören die Schwerpunkte «Bildungserfolg für alle Schülerinnen und Schüler», Medien und Informatik sowie Aus- und Weiterbildungen. Auch macht der Regierungsrat geltend, dass beim Massnahmenpaket eine Wirksamkeitsüberprüfung vorgesehen ist. Eine vertiefte Standortbestimmung, wenn auch erst in ein paar Jahren, ist Bestandteil des Pakets. Natürlich werden die Auswirkungen der Digitalisierung in der Volksschule eng verfolgt. Im Weiteren ist aufgefallen, dass die Ergebnisse der PISA-Studie 2022 vom Regierungsrat anders, nämlich eher positiv beurteilt werden. Von einem Rückgang der Leistungen, wie dies die PostulantIn formuliert hat, ist in der Begründung des Regierungsrats nichts zu lesen. Der Regierungsrat erachtet eine erneute Diskussion über diese

Thematik als verfrüht. Die FDP-Fraktion schliesst sich dieser Einschätzung an und lehnt deshalb die Überweisung ab.

Anita Biedert (SVP) möchte einige Anmerkungen zu den gefallenen Voten machen. Sie möchte die Ursachen für den Leistungsabbau in Deutsch und Mathematik kennen. Bis heute hat sie dazu aber nichts erfahren. Die Problematik gibt es schon seit Jahren, entsprechend könnten die Gründe bereits heute eruiert werden und es muss nicht weitere Jahre zugewartet werden. Anita Biedert weist in ihrem Vorstoss auf die Deutsch- und Mathematikkompetenzen hin und fragt, ob der Einsatz von digitalen Geräten reduziert werden könnte. Sie sagt nicht, dass dies gemacht werden muss. Es geht um Vorschläge, wie eine Reduktion erfolgen könnte. Vermutlich hängen diese beiden Themen, die Kompetenzen und die digitalen Geräte, zusammen. Die nördlichen Länder vermuten einen starken Zusammenhang zwischen den sinkenden Grundkompetenzen und der Digitalisierung.

Marc Scherrer (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion lehne den Vorstoss ebenfalls ab. Die Thematik wird zwar gesehen, aber wie bereits dargelegt, erfolgt eine Überprüfung der Wirksamkeit ohnehin. Es ist jedoch sicherlich gut, dass Anita Biedert nochmals dargelegt hat, was sie eigentlich möchte. Regierungspräsidentin Monica Gschwind hat bestimmt ein grosses Interesse, diese Voten aufzunehmen und die entsprechenden Punkte bei der Wirksamkeitsprüfung zu berücksichtigen.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, der Regierungsrat habe schriftlich bereits gut begründet, weshalb er den Vorstoss ablehne. Noch etwas zu Anita Biedert: Im Vorfeld zum Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» wurden Tagungen durchgeführt mit allen Schulbeteiligten, mit den Fraktionen und dem VBLG. Aufgrund von diesen Tagungen und Umfragen zur Frage, was gemacht werden kann, um die Grundkompetenz sicherzustellen, wurde das Massnahmenpaket geschnürt. Die Lehrpersonen haben gemeinsam mit der Direktion den Schluss gezogen, dass der Unterricht gestärkt werden muss. Deshalb sind Massnahmen wie das Weiterbildungsprogramm entstanden. Das heisst, es wurde in den Jahren 2019 und 2020 bereits breit diskutiert, was die Ursachen sein könnten. Das Resultat war das Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule». Eine erneute Umfrage ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt unnötig. Massnahmen wurden ergriffen und Regierungspräsidentin Monica Gschwind ist überzeugt, dass es gute Massnahmen sind, die nicht einfach am Schreibtisch erarbeitet wurden. Die Schulen haben stark mitgearbeitet und der Landrat hat das Paket unterstützt. Die Wirksamkeitsüberprüfung ist trotzdem wichtig. Die Weiterbildungen haben aber erst im Schuljahr 2022/23 begonnen. Auch die PICTS-Weiterbildungen, in denen es um den Umgang der Lehrpersonen mit den digitalen Möglichkeiten geht, laufen. Das Knowhow wird derzeit mit einer Art Schneeballsystem an allen Schulen aufgebaut. Das braucht etwas Zeit.

://: Mit 63:16 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
